



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 19. April 2023
(OR. en)

8402/23

AGRI 197
AGRIORG 37
AGRIFIN 44

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Marktlage, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine – Informationen der Kommission – Gedankenaustausch

Im Hinblick auf die Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 25. April 2023 erhalten die Delegationen in der Anlage ein Hintergrunddokument zum oben genannten Thema.

Am 30. Januar kamen bei der Ministeraussprache über die Lage der Agrarmärkte in der EU zwei Hauptaspekte der derzeitigen Krise zur Sprache, nämlich einerseits die Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen, die alle Landwirte in der EU zu spüren bekommen, und andererseits die Auswirkungen der Liberalisierung des Handels für ukrainische Erzeugnisse, die Landwirte in benachbarten Mitgliedstaaten stärker betreffen als jene in anderen Mitgliedstaaten.

Am 23. Februar legte die Kommission einen Vorschlag zur Verlängerung der Aussetzung von Einfuhrzöllen, Kontingenten und handelspolitischen Schutzmaßnahmen für ukrainische Ausfuhren in die Europäische Union – sogenannte autonome Handelsmaßnahmen – um ein weiteres Jahr vor.

Auf der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 20. März stellte Kommissionsmitglied Wojciechowski ein Unterstützungspaket in Höhe von 56,3 Mio. EUR aus der Agrarreserve zur Unterstützung der Landwirte in Bulgarien, Polen und Rumänien vor und schlug eine Zuweisung von 29,5 Mio. EUR an Polen, von 16,75 Mio. EUR an Bulgarien und von 10,05 Mio. EUR an Rumänien vor. Die Zuweisung erfolgte auf der Grundlage objektiver Kriterien wie des Drucks auf die lokalen Preise durch ein übermäßiges Angebot an Getreide/Ölsaaten und Spannungen in den Logistikketten infolge des gestiegenen Transits von Erzeugnissen aus der Ukraine. Am 30. März stimmte der Ausschuss für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte für den Entwurf einer Durchführungsverordnung über das Unterstützungspaket.

Am 31. März richteten Polen, Ungarn, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien ein Schreiben an die Präsidentin der Kommission, in dem es um Maßnahmen geht, mit denen den negativen Auswirkungen der gestiegenen Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine auf den EU-Markt entgegengewirkt werden soll. Einige dieser Mitgliedstaaten kündigten auch restriktive Maßnahmen an, um ihre lokalen Agrarsektoren vor dem Zustrom von aus der Ukraine eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu schützen.

In ihrem Antwortschreiben vom 19. April kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, dass die Kommission an einem zweiten Unterstützungspaket in Höhe von rund 100 Mio. EUR und an Maßnahmen arbeitet, mit denen sichergestellt werden soll, dass das Ziel der Solidaritätskorridore, nämlich der reibungslose Transit lebenswichtiger pflanzlicher Agrarerzeugnisse, erreicht wird.